

Warme Worte reichen nicht – VLW fordert Kompensation der Mehrbelastungen durch Pandemie und Digitalisierung

Seit nunmehr anderthalb Jahren befinden sich die Schulen in unserem Land im Ausnahmestadium. Während der ersten Phase der Schulschließungen waren im individuellen Fernunterricht über E-Mails, Messengerdienste, Moodle & Co. das Improvisationstalent und ein außergewöhnliches Engagement der Kolleginnen und Kollegen gefragt. Schon damals sind viele Kolleginnen und Kollegen ihren Schülerinnen und Schülern zuliebe bis an ihre Belastungsgrenze, manche auch darüber hinaus, gegangen. Es folgte eine Phase des Wechselunterrichts, in der die Schülerinnen und Schüler wechselweise in Präsenz beschult oder zuhause mit entsprechenden Lernaufträgen und Aufgaben versorgt wurden. Zwischenzeitlich hatte die Landesregierung eine Landeslizenz für ein funktionierendes Videokonferenz-System erworben, das von einer mit reichlich Kinderkrankheiten gesegneten Landeslösung Marke Eigenbau abgelöst wurde. In der Zeit der Pandemie wurden die Lehrkräfte zu Lüftungsexperten und Testbeauftragten, die sich in diverse Videokonferenzsysteme und Lernplattformen eingearbeitet haben. **Dass unter diesen Umständen ein einigermaßen vernünftiges Unterrichten gelingen konnte, ist dem unermüdlichen und selbstlosen Einsatz vieler engagierter Lehrkräfte zu verdanken.**

Wir anerkennen ausdrücklich die Bemühungen und Leistungen der Landesregierung, einen sicheren und verlässlichen Unterricht zu garantieren. Auch wir möchten am liebsten einfach nur unserem gewählten Beruf nachgehen und junge Menschen fit für die Zukunft machen. Die Zeit, in der wir gerade leben, lässt es aber nicht zu, „einfach nur so“ Lehrerin oder Lehrer zu sein. Die Maßnahmen, die zur Sicherung des Unterrichts ergriffen wurden, gehen mit Mehrbelastungen für die Lehrkräfte einher. Dies wurde seitens unserer Bildungsministerin auch immer wieder anerkannt und lobend erwähnt. **Was allerdings immer noch aussteht, ist eine Kompensation für die geleistete Mehrarbeit.**

Der VLW fordert als Ausgleich für die während der Pandemie – die ja leider immer noch nicht vorbei ist – geleistete Mehrarbeit eine Gutschrift von acht Lehrerwochenstunden für jede Vollzeitkraft, Teilzeitkräfte sollen anteilig bedacht werden. Dieses Guthaben sollen die Kolleginnen und Kollegen, so wie es bei der so genannten „Zwangsansparstunde“ auch geregelt war, individuell und unter Berücksichtigung schulischer Belange abrufen können. Auf Wunsch soll dieses Guthaben auch geblockt am Ende der Dienstzeit abgerufen werden können, etwa um in den letzten Dienstjahren eine zusätzliche Entlastung zu erhalten. Um die Lerndefizite aufzufangen, unter denen viele Schülerinnen und Schüler aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie leiden, bedürfen diese einer stärker individualisierten Förderung. **Dazu sind dringend kleinere Klassen und eine bessere personelle Ausstattung unserer Schulen nötig.** Es gibt, wenn auch nicht für jedes einzelne Fach, mehr als genug junge Lehrkräfte auf dem Markt, die sich gerne dieser wichtigen Aufgabe widmen würden!

Durch die Pandemie hat die Digitalisierung auch an den Schulen einen erheblichen Schub erhalten. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, warnen jedoch vor dem Irrglauben, dadurch würde jetzt alles einfacher und ginge schneller. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der administrative Aufwand sowohl in den Schulen als auch bei den einzelnen Lehrkräften zunächst erheblich größer ausfällt.

Dies gilt erst recht, wenn die zur Verfügung stehenden digitalen Tools unausgereift sind und deren Defizite durch persönlichen Einsatz ausgeglichen werden müssen. **Die Transformation der Schulen ins digitale Zeitalter ist nicht umsonst zu haben!** Die Zukunft der jungen Generation ist mehr als ein Almosen wert. Deshalb fordert der VLW die sofortige Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um einen Support zu gewährleisten, der eine verlässliche Unterrichtsplanung und -gestaltung ermöglicht. Die Verantwortung dafür auf die Schulträger zu schieben, mag dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen, zementiert aber leider die ohnehin schon erheblichen regionalen Unterschiede zwischen leistungsfähigen und überschuldeten Kommunen.

Darüber hinaus muss das Land Lizenzen für praxisnahe Programme erwerben, mit denen eine Ausbildung ermöglicht wird, die sich an den Erfordernissen einer digitalisierten Arbeitswelt orientiert, sodass die jungen Menschen, die die berufsbildenden Schulen verlassen, auch wirklich fit für die Zukunft sind. Die Beschränkung auf Open-Source-Programme führt dazu, dass die betriebliche Praxis nicht realitätsnah abgebildet werden kann, wodurch die berufliche Bildung massiv abgewertet würde. **Die junge Generation hat einen Anspruch auf eine zukunftsorientierte Ausbildung, die auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. Wer hier spart, setzt die Zukunft einer ganzen Generation wie auch unseres Landes aufs Spiel!**

Schließlich müssen auch die Lehrkräfte auf diesem Weg mitgenommen werden. Dafür braucht es umfangreiche Schulungen und Fortbildungen. Die durch die Digitalisierung möglichen neuen Arbeitsformen bei Fortbildungen (sog. Online-Seminare) sind sicher ein Fortschritt und können als Ergänzung des bestehenden und auszubauenden Angebots angesehen werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Fortbildungen mehr und mehr zu einem Freizeitvergnügen werden, die außerhalb der gebundenen Arbeitszeit stattfinden. Auch der Besuch einer Fortbildung stellt Arbeit dar, die auch als solche anerkannt werden muss!

Dem solidarischen Handeln und dem unermüdlichen Einsatz tausender Kolleginnen und Kollegen ist es zu verdanken, dass unsere Schulen während der Pandemie nicht kollabiert sind. Auch der Einstieg ins digitale Zeitalter, wenn er gelingen soll, wird auf diese Ressourcen zugreifen müssen. Deshalb geben wir uns nicht mehr mit warmen Worten zufrieden, sondern fordern ein entschlossenes Handeln unserer Landesregierung, das den Worten Taten folgen lässt!